Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4617

08. 05. 96

Antrag

der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Andrea Fischer (Berlin), Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage des überfälligen Berichts über die Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, seinen gesetzlichen Informationspflichten gegenüber dem Parlament nachzukommen und den Bericht über die Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst noch im Mai zu veröffentlichen.

Bonn, den 8. Mai 1996

Dr. Antje Vollmer
Andrea Fischer (Berlin)
Oswald Metzger
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Zu Beginn jeder Wahlperiode soll die Bundesregierung einen Bericht über die Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst vorlegen (Gesetz zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes vom 18. Dezember 1989, Artikel 17). Darin sollen die jeweils im Vorjahr erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst enthalten sein sowie Hochrechnungen für die in den nächsten 15 Jahren zu erwartenden Versorgungsleistungen.

Der Versorgungsbericht hätte erstmals zu Beginn der 13. Legislaturperiode im Herbst 1994 vorgelegt werden müssen, ist aber bis heute nicht veröffentlicht. Er enthält Daten, die für die weitere Diskussion um die Zukunft der Beamtenpensionen von größtem Interesse sein werden. Nur auf ihrer Grundlage läßt sich verantwortungsvoll über solide Haushaltspolitik und verantwortungsbewußte Sozialpolitik im öffentlichen Dienst diskutieren. Daß die Bundesregierung diese Informationen nicht zur Verfügung stellt, gibt wiederholt Anlaß zu öffentlichen Spekulationen über das drastische Ausmaß der zu erwartenden Kosten. Hier ist Klarheit gefordert.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333